

Alle reden vom Haushalt - wir auch

Die Gemeinde Allensbach hat in der Vergangenheit nicht aus dem Vollen geschöpft, sondern ist immer sehr maßvoll mit dem Geld umgegangen. Die Verwaltung wurde deswegen auch vom Gemeinderat immer wieder gelobt. Wir wollen heute nicht über das Sparen als solches reden, was sicher in der heutigen Zeit angebracht wäre, das haben andere schon zur Genüge getan. Nein, wir wollen die Gründe hinterfragen, warum die früheren "Traum" - Zuführungsraten von 1,6 Millionen DM und höher nicht mehr erreicht werden können. Nämlich eines sollte jedem von uns klar sein: Die drohende finanzielle Handlungsunfähigkeit der Gemeinde kam nicht unabwendbar wie das Wetter, sondern sie ist von Menschen mehr oder weniger bewußt herbeigeführt worden.

Übrigens: Zuführungsrate ist das Geld, das nach Abzug der Ausgaben für Betrieb und Verwaltung übrig bleibt, im privaten Bereich nennt man das "Sparrate".

Wie kam es dazu?

Um einen Ansatz für eine sinnvolle Diskussion zu erhalten, muß man die Entwicklung der letzten Jahre anschauen. Welche Posten haben sich verändert? Wie haben sich die Einnahmen entwickelt, wie die Ausgaben? Aber keine Angst, wir wollen nicht den Haushaltsplan mit seinen ca. 400 Seiten durchackern. Es genügt, wenn man sich ein paar markante Daten zu Gemüte führt. Zum Beispiel die Einnahmen.

Diese haben sich von 1993 auf 1998 nur um 0,5 Mio DM erhöht. Bei den Ausgaben sieht es schon etwas anders aus. Neben gestiegenen Personalausgaben, z.B. wegen unserem schönen, neuen Kindergarten Walzenberg, gibt es auch Mehrkosten, plus 1 Mio DM, beim sog. Betriebsaufwand, verursacht durch Projekte, die in den letzten fünf Jahren realisiert wurden.

Auch die "viel besungene" Kreisumlage spielt hier eine große Rolle. Fällt diese allein schon gegenüber 1993 um mindestens 0,7 Mio höher aus. Beim momentan noch gültigen Hebesatz kann die Gemeinde in 1998 gerade noch eine Zuführungsrate von 0,8 Mio erwirtschaften. Wenn jedoch, wie vom Landkreis angedroht, ein Hebesatz von mindestens 40% angesetzt werden muß, dann heißt das, daß die Gemeinde Allensbach weitere 430.000 DM an den Landkreis Konstanz abführen muß. Mit der Folge: Um denselben Betrag schmilzt die Zuführungsrate zusammen.

Die Finanzen des Landkreises Konstanz

Nun muß man aber wissen, daß der bisherige Hebesatz des Landkreises die unrühmliche Spitzenposition aller 35 Landkreise in Baden-Württemberg darstellt. Und es ist wohl legitim, diesen "Spitzensatz" zu hinterfragen. Zum Beispiel:

Zahlt der Landkreis Konstanz zu großzügig? Scheuen die zuständigen Stellen Konflikte bei der Ablehnung überzogener Forderungen? Oder hat unser Landkreis unverhältnismäßig mehr Bedürftige? Oder zuletzt: Hat der Landkreis eine zu geringe Steuerkraft?

Diese Fragen drängen sich auf bei einem Vergleich mit dem Bodenseekreis, der mit einem Hebesatz von 26,5% auskommt. Bis heute haben wir von keiner Seite eine plausible und nachvollziehbare Erklärung zu dieser Thematik erhalten. Übrigens: Auch die persönliche Vorsprache des Landrates Hämmerle beim Ministerpräsident Teufel hat bis jetzt außer Vertröstungen auf kommende Jahre nichts gebracht.

Fortsetzung von Seite 1

Die sog. "große Politik"

Natürlich gibt es noch ein anderes Feld, das beleuchtet werden muß. Und zwar die große Politik. Man kann den Vorwurf an Bund und Land nicht unterdrücken, daß dort Leistungen bestellt werden, die dann die Kommunen bezahlen dürfen, ohne daß sie das entsprechende Geld dafür bekommen. Oder denken Sie an die vielen legalen Steuerschlupflöcher für Großverdiener. Waren die Verantwortlichen wirklich ahnungslos über die Auswirkungen? Oder die ersatzlose Abschaffung der bisherigen Vermögenssteuer. Auch hier hätte sich eine andere Lösung angeboten. Und die gravierend gesunkene Steuermoral trägt das ihre zur Finanzmisere bei.

Ein weiterer Vorwurf geht an die großen Firmen. Diese betreiben eine schon unmoralisch zu nennende Gewinnmaximierung, in erster Linie durch die Entlassung von Arbeitnehmern, die dann dem Staat überlassen werden. Mit den Folgen: Mehr Arbeitslose, mehr Sozialhilfe, mehr Ausgaben des Landkreises, höhere Kreisumlage.

Wohin soll das führen? Damit schließt sich der Kreis und wir sind wieder bei der Kommunalpolitik.

Zum Schluß noch etwas eher Humorvolles:

Die "Diäten" der Gemeinderäte sind neu festgesetzt worden. Manche Bürger meinten, sie seien erhöht worden. Dem ist nicht so. Sie wurden um 10,- DM auf 40,- DM je Sitzung reduziert. Das war auch höchst nötig, galten sie doch unverändert schon seit 1990! Die Mehrheit des Gemeinderates (wir nicht) ist nämlich der Meinung, damit das größte finanzielle Ungemach von der Gemeinde abwenden zu können. Wie tröstlich!

Helmut Sauter

Zwischenbilanz

Was ist unser Beitrag zum Allensbacher Gemeinderat seit 1994?

Eine Leistungsbilanz vorzuschlagen fällt nicht leicht, haben doch im Gemeinderat i.d.R. nur solche Vorschläge eine Chance, denen eine breite und das heißt eben überparteiliche Unterstützung zukommt. Gerade auch die Verwaltung prägt vielfach Richtung und Ausmaß kommunalpolitischer Vorhaben durch ihre fachliche Kompetenz. Angesichts der kleinen Zahl hat gerade unsere SPD-Fraktion durch offizielle Anträge und Initiativen (9 von insgesamt etwa 20) viel angestoßen und einiges bewirkt. Man kann es halten wie die Bunte Liste: was immer bewegt, besprochen oder laut gedacht wurde, wird als eigene BLA-Leistung reklamiert.....

oder wie (manchmal) die CDU: wozu argumentieren, wir haben schließlich die Mehrheit.....

So scheint es sinnvoller und ehrlicher, die entsprechenden Anregungen bzw. die entscheidenden Einfluß- und Beschlußlinien im Allensbacher Gemeinderat nachzuzeichnen.

Und wie nicht anders zu erwarten, kommt dabei eine ansehnliche Menge zusammen:

Die SPD war und ist eine unverwechselbare, aktive und sehr leistungskräftige Gruppe im Gemeinderat!

Was nun meinen "persönlichen" Beitrag zur Gemeinderatsarbeit betrifft, so sind es im wesentlichen drei Bereiche, die ich für unsere Fraktion im Gemeinderat und darüber hinaus vertrete und hier beschreibe:

1. Umwelt, Energie, Verkehr
2. Kultur, Freizeit, Tourismus
3. Bürgerbeteiligung, Gemeinwohl

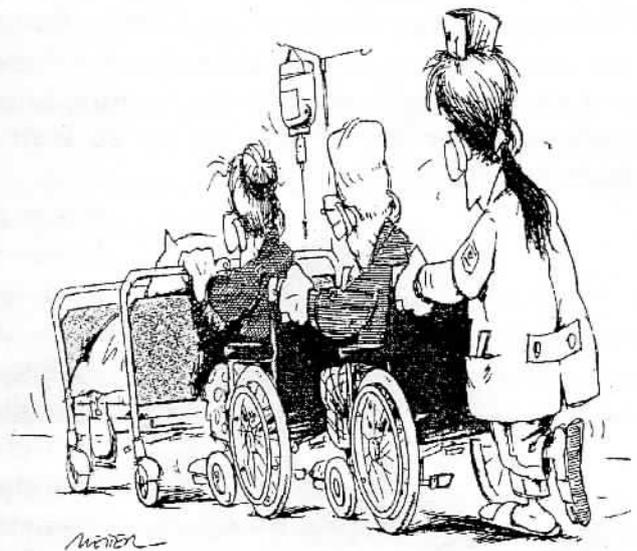
Der erste Themenbereich ist mit Abstand der wichtigste, auf kommunaler Ebene auch recht wirkungsvoll, wenn politischer Gestaltungswille vorhanden ist. So unterstützen wir alle Anstrengungen zur Pflege und Erhalt unserer Landschaft, auch der Landwirtschaft in ihrem Bemühen um umweltschonende Anbaumethoden und artgerechte Tierhaltung (Modellprojekt Landschaftsschutz, Direktmarketing usw.). Selbstverständlich treten wir für umfassenden Luft-, Boden- und Gewässerschutz ein. Die bereits erfolgte Biotopkartierung, weitere Ausweisung von Naturflächen wie die Vernetzung von Biotopen zu größeren, damit wirkungsvolleren Schutzflächen bleibt unser Ziel. Dazu gehört unsere alte Forderung nach Einschränkung der Motorboote auf dem See, was einer umweltfreundlichen Freizeitnutzung sicher zuträglich wäre. Der unmittelbare Uferbereich und die hochempfindliche Flachwasserzone dürfen nicht weiter belastet werden. Begrünungsaktionen in der Gemeinde, Erhalt und Ausweitung von Streuobstwiesen, naturnahe Forstwirtschaft mit Laub- und Mischwäldern finden unsere Zustimmung.



Ökologisches Bauen, Solararchitektur, aktive wie passive Energienutzung durch die Sonne (z.B. Ost-West-Ausrichtung im Neubaugebiet Nägelried für die optimale Platzierung von Solar Kollektoren) fordern wir. Dazu haben wir einen Antrag in den Gemeinderat eingebracht, wonach Investoren, die sich eine solare Kollektoranlage zur Warmwasseraufbereitung auf ihr Dach bauen, mit 1000,- DM gefördert werden (auch Anlagen zur Stromerzeugung). Damit spart man nicht nur Energie und Kosten, sondern trägt direkt zur Natur- und Klimaverbesserung bei. Wer aufmerksam durch unsere Gemeinde spaziert, kann inzwischen auf immer mehr Dächern solche Solaranlagen entdecken - und das Förderprogramm läuft weiter. Übrigens ist unser Förderantrag für solare Anlagen im Gemeinderat einstimmig angenommen worden, ein schönes Beispiel für gemeinwohlorientierte, überparteiliche Zusammenarbeit zum Nutzen unserer Umwelt. Unser Vorstoß für ein Blockheizkraftwerk (nutzt bei der Stromerzeugung auch die erzeugte Wärme) in neuen Baugebieten fand damals weniger Unterstützung, umso erfreulicher ist, daß diese Technik demnächst bei der Heizungssanierung für die Schule ernsthaft geprüft wird. Energiesparen, auch in öffentlichen Bereichen, bleibt weiter auf der Tagesordnung. Die Umrüstung der Straßenbeleuchtung mit Sparlampen, Heizungsumstellung und Heizungserneuerung (auf Gas bzw. Brennwerttechnik), moderne Verbrauchsregulierung oder Ausstattung der Campingplätze und anderer öffentlicher Einrichtungen mit Solarkollektoren usw. sind die richtigen Wegweiser in der Gemeinde. In der Verkehrspolitik sind unsere langjährigen Bemühungen und Anträge, ein Nahverkehrssystem für den

Bodanrück und Allensbach einzurichten, trotz vieler guter Vorschläge nicht recht vorangekommen. So haben die Fa. Löble, die SBG und die Stadtwerke Konstanz interessante Modelle vorgelegt, doch die immensen Kosten, auch der fehlende Nahverkehrsplan des Kreises (mit Grundversorgung und Kostenverteilung) und die knappen öffentlichen Kassen lassen wenig Raum für Neues. Wenn sich Bund und Länder weiter aus der Finanzierung des Nahverkehrs zurückziehen, werden wir "kleinere Alternativen" wie Ruftaxen, Kleinbussystem u.ä. zur Diskussion stellen. Die Verbesserung des Radverkehrs, sowie die Sicherheit der größten Gruppe der Verkehrsteilnehmern, den Fußgängern, darf nicht vernachlässigt werden. Dabei werden die Kosten des motorisierten Verkehrs häufig übersehen. Insofern unterstützen wir alle Maßnahmen, deren Kosten zumindest teilweise wieder den öffentlichen Kassen zuzuführen. Das geschieht z.Zt. mit der inzwischen doch recht erfolgreichen und akzeptierten Parkraumbewirtschaftung. Die von der SPD seit Anfang der 90er Jahre gewünschte Reduzierung auf Tempo 30 innerorts ist realisiert, Tempo 80 auf der B33 hoffentlich bald auch. Die ebenfalls lange geforderte Anbindung Allensbach Mitte kommt voran, so daß auch die Allensbacher Durchgangsstraßen von Verkehr und Lärm entlastet werden könnten. Mit einer um mehrere Meter tiefer gelegten B33 könnte man (besser) in Allensbach leben, und

der bisher naturnahe, weitgehend unverlärmt Bodanrück bliebe uns unzerstört erhalten. Im Freizeit- und Tourismusbereich geht es darum, möglichst umweltschonende Lösungen zu finden: der See, seine Ufer, die Hügel und Wälder des Bodanrück sind unser Kapital! Einwohner wie Gäste profitieren, wenn wir diese unsere Landschaft erhalten, also kein Massentourismus (Tierpark), mehr Angebote für Familien und Kinder! Dazu braucht man kreative Ideen.



Die Gesundheitsreform

Die Reduzierung von Kunst- und Musikveranstaltungen, insbesondere die beliebten Seegartenkonzerte, lehnen wir ab. Der Tourismus ist auch für Allensbach ein wichtiger Wirtschaftszweig. Die eigentliche Leistung muß allerdings von den Anbietern kommen.

Die Gemeinde soll und wird für die Gesamt- und die angemessene Außendarstellung verantwortlich bleiben. Professionelle Werbung und die bereits praktizierte Zusammenarbeit mehrerer Unterseegemeinden sind dabei unabdingbar. Die ersten Ansätze sind erfolversprechend und sollten fortgeführt werden.

Kurt Müller

Jugend in Allensbach

Eine kinderfreundliche Gemeinde, so ist die allgemeine Meinung von Allensbach. Alle Kindergartenkinder bekommen ab dem dritten Lebensjahr einen Platz. Die Gemeinde erfüllt damit den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz.

Die Grund- und Hauptschule, auch die Schule in Hegne sind gut ausgestattet und scheinen innovativ auf neue Aspekte zu reagieren. Wir GemeinderätInnen haben für Verbesserungen immer ein offenes Ohr und sind an den Vorstellungen von Eltern und Kindern interessiert. Elternengagement und Bürgerwille sind hoch angesehen und bei einigen Aktionen ist dies deutlich geworden. Auch individuelle Wünsche konnten verwirklicht werden.

Wie steht es nun aber mit dem lang diskutierten und hoffentlich noch nicht zerredeten Thema für unsere heranwachsenden Jugendlichen? Brauchen wir ein Jugendzentrum, einen Raum für Jugendliche, eine Art Vereinsheim für Jugendliche Allensbacher?

Ich glaube ja, **natürlich**. Wenn die Jugend es will, sich dafür einsetzt, mitarbeitet und sich verantwortlich zeigt, ist es unsere Pflicht einen angemessenen Rahmen zu bieten.

Nicht nur für Verkehrsbelange, Kanäle, Bauvorhaben, Gebühren und sonstige Themen müssen wir uns einsetzen, auch für den bescheidenen Wunsch, der bei der letzten Runde zur Planung eines Jugendzentrums geäußert wurde, nämlich " **im Sommer können wir uns ja draußen treffen, aber im Winter ist es zu kalt und nicht alle Eltern haben eine so große Wohnung**".



Was machen denn die Jugendlichen so alleine, unter sich, da kann doch so manches im verborgenen entstehen, Krach wird es geben, vielleicht wird geraucht, gar gekiff't, wie ist es mit dem Alkohol? Diese Fragen beschäftigen die Eltern und uns im Gemeinderat gleichermaßen. Die Jugendlichen haben ganz klare Vorstellungen, sie wollen sich treffen, ein Tischfußballspiel spielen, Musik hören, miteinander reden, Spaß haben und ab und zu mal eine Fete veranstalten. Natürlich sind sie bereit dafür Einsatz zu zeigen, Zeit für die Planung mitzubringen, Putzdienste zu organisieren und Einkäufe zu tätigen.

Geld dazu muß von ihnen erwirtschaftet werden, das ist für **alle** klar. Vorgesetzt wird nichts.

Mithilfe brauchen sie aber von **uns**, niemand wird plötzlich erwachsen und kann selbständig handeln, dies ist ein Lernprozeß den wir alle hinter uns bringen müssen. Zutrauen

und Wohlwollen ist jetzt von Nöten.

Wir müssen ihnen die Dinge zur Bewerkstelligung des Vorhabens an die Hand geben und im Hintergrund helfend da sein. Vertrauen in ihr Engagement setzen und einen Vorschub an Vertrauen geben, dies sollte unser Anliegen sein.

Und wenn etwas schief geht? Hat die Jugend nicht auch ein Recht auf Fehler?

Lernen wir nicht alle tagtäglich aus Fehlern ?

Ich wünsche mir für die Jungen und Mädchen der Gemeinde Allensbach viele tatkräftige Mitstreiter, tolle interessante Ideen und gutes Gelingen bei dem Vorhaben hier etwas für sie selber, eigenverantwortlich zu schaffen und bin gerne bereit auch mitzuhelfen.

Renate Hipp

Impressum:

Das Kleeblatt wird herausgegeben vom SPD Ortsverein Allensbach zur Information und Meinungsbildung unserer Mitbürger. Die namentlich gekennzeichneten Artikel geben die Meinung des Verfassers wieder.

V.i.S.d.P.:

Gerhard Wegele
Gallus-Zembroth-Straße 27
78476 Allensbach